

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis.....	9
Abkürzungsverzeichnis	19
1. Teil: Einleitung	23
§ 1 Allgemeines zu Stimmbindungsvereinbarungen.....	23
§ 2 Gegenstand und Gang der Untersuchung.....	29
2. Teil: Besteht im Gesellschaftsrecht ein generelles Verbot von Stimmbindungsvereinbarungen gegenüber dem Verband oder Verbandsorganen?	31
§ 2 Übertragbarkeit des Ergebnisses auf Stimmbindungsvereinbarungen gegenüber dem Verband oder Verbandsorganen.....	51
§ 3 Folgerung	55
3. Teil: Rechtslage bei der Aktiengesellschaft – § 136 Abs. 2 AktG	57
§ 1 Der Tatbestand des § 136 Abs. 2 AktG.....	57
§ 2 Grad der Konkretisierung der Stimmbindung	59
§ 3 Anwendbarkeit des § 136 Abs. 2 AktG, wenn das aus der Stimmbindungsvereinbarung berechtigte Organmitglied zugleich Aktionär ist.....	61
4. Teil: Rechtslage bei der GmbH – § 136 Abs. 2 AktG analog?	75
§ 1 Meinungsüberblick.....	75
§ 2 Stellungnahme.....	77
5. Teil: Rechtslage beim Verein – § 136 Abs. 2 AktG analog?	109
§ 1 Planwidrige Regelungslücke.....	109
§ 2 Vergleichbare Interessenlage	109
§ 3 Ergebnis	120
6. Teil: Stimmbindungsvereinbarungen gegenüber dem Verband und Verbandsorganen bei Fremdorganschaft – eine unzulässige Drittbindung?	121
§ 1 Einführung in die Problemstellung	121
§ 2 Trennung von Stimmrecht und Treuepflicht?	128
§ 3 Verstoß gegen die Satzungsautonomie?.....	134
§ 4 Verstoß gegen sonstige zwingende Kompetenzzuweisungen?	178

§ 5 Verstoß gegen das Abspaltungsverbot?	179
§ 6 Zusammenfassung	184
7. Teil: Abreden über die Absicherung der Organstellung.....	187
§ 1 Inhalt von Abreden über die Absicherung der Organstellung.....	187
§ 2 Gang der Prüfung	190
§ 3 Bestellungskompetenz der Verbandsmitglieder	190
§ 4 Bestellungskompetenz des Aufsichtsrats	202
8. Teil: Zusammenfassung in Thesen.....	215
§ 1 Zur grundsätzlichen Zulässigkeit von Stimmbindungsvereinbarungen.....	215
§ 2 Zur Auslegung von § 136 Abs. 2 AktG im Aktienrecht.....	215
§ 3 Zur analogen Anwendung des § 136 Abs. 2 AktG im Recht der GmbH	216
§ 4 Zur analogen Anwendung von § 136 Abs. 2 AktG im Vereinsrecht	219
§ 5 Zur Frage, ob Stimmbindungsvereinbarungen gegenüber dem Verband oder Verbandsorganen bei Fremdorganschaft eine unzulässige Drittbindung darstellen	219
§ 6 Zu Abreden über die Absicherung der Organstellung	221
Literaturverzeichnis	223

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
1. Teil: Einleitung	23
§ 1 Allgemeines zu Stimmbindungsvereinbarungen	23
A. Gegenstand der Arbeit; Begriffsklärungen	23
I. Stimmbindungsvereinbarung	23
II. Verband, Verbandsmitglied	24
III. Organ	24
B. Anwendungsbereich von Stimmbindungsvereinbarungen	25
I. Stimmbindungsvereinbarungen im Allgemeinen	25
II. Stimmbindungsvereinbarungen gegenüber dem Verband und Verbandsorganen	26
C. Rechtsnatur von Stimmbindungsvereinbarungen	27
D. Kündbarkeit von Stimmbindungsvereinbarungen	28
§ 2 Gegenstand und Gang der Untersuchung	29
2. Teil: Besteht im Gesellschaftsrecht ein generelles Verbot von Stimmbindungsvereinbarungen gegenüber dem Verband oder Verbandsorganen?	31
§ 1 Gründe für die Zulässigkeit von Stimmbindungsvereinbarungen zwischen Verbandsmitgliedern	31
A. Abstimmungsfreiheit	32
I. Freiheit <i>von</i> Bindungen	32
1. Anfängliches Verständnis in Deutschland	33
2. Früheres Verständnis in Frankreich	33
a) Überblick: Stimmbindungen in Frankreich im Wandel	33
b) Gründe für die Freiheit <i>von</i> Bindungen in Frankreich	34
(1) Stimmrecht als konstitutives Merkmal der Mitgliedschaft	34
(2) Stimmrecht als „droit-fonction“ / Verpflichtung auf das Verbandsinteresse	35
(a) Umdenken in Frankreich	36
(b) Übertragbarkeit auf Deutschland	36
(i) Berechtigung zur eigenen Interessenverfolgung als Bindungsvoraussetzung	36
(ii) Sind Verbandsmitglieder ausschließlich dem Verbandsinteresse verpflichtet?	38
(c) Zwischenergebnis	40

(3) Keine Vorwegnahme der Willensbildung	40
(a) Umdenken in Frankreich	40
(b) Übertragbarkeit auf Deutschland	41
(c) Zwischenergebnis	42
3. Ergebnis	42
II. Freiheit <i>zu</i> Bindungen	43
1. Grundsatz: Freiheit als Freiheit zu Bindungen	43
2. Ausnahme: Freiheit von Bindungen bei unverzichtbaren Freiheiten	44
a) Beispiel: Strafrechtliche Einwilligung / § 216 StGB	44
b) Beispiel: Menschenwürde	45
c) Beispiel: Kernbereich menschlicher Persönlichkeit	45
d) Beispiel: Politisches Wahlrecht	45
3. Einordnung der Abstimmungsfreiheit im Verband	46
a) Vergleich mit unverzichtbaren Freiheiten	46
b) Vergleich mit Eigentum	48
4. Ergebnis	49
B. Vertragsfreiheit	49
C. Mittelbare Anerkennung durch den Gesetzgeber	50
D. Praktisches Bedürfnis	50
E. Ergebnis	51
§ 2 Übertragbarkeit des Ergebnisses auf Stimmbindungsvereinbarungen	
gegenüber dem Verband oder Verbandsorganen	51
A. Abstimmungs- und Vertragsfreiheit	52
B. Mittelbare Anerkennung durch den Gesetzgeber	52
C. Praktisches Bedürfnis	54
D. Zusammenfassung	54
§ 3 Folgerung	55
3. Teil: Rechtslage bei der Aktiengesellschaft – § 136 Abs. 2 AktG	57
§ 1 Der Tatbestand des § 136 Abs. 2 AktG	57
A. Weisungen der Gesellschaft	57
B. Weisungen des Vorstandes oder des Aufsichtsrates	57
C. Abstimmungsvorschläge	58
D. Bindung an Weisungen einzelner Organmitglieder	58
E. Stimmbindungen gegenüber mittelbar Beteiligten	58
§ 2 Grad der Konkretisierung der Stimmbindung	59
A. Ansicht: § 136 Abs. 2 AktG umfasst auch inhaltlich bestimmte Stimmbindungen	59
B. Ansicht: § 136 Abs. 2 AktG umfasst nur inhaltlich unbestimmte Stimmbindungen	59

C. Stellungnahme	59
I. Wortlaut	60
II. Sinn und Zweck	60
D. Ergebnis	61
§ 3 Anwendbarkeit des § 136 Abs. 2 AktG, wenn das aus der Stimmbindungsvereinbarung berechtigte Organmitglied zugleich Aktionär ist.....	61
A. Nicht erfasste Konstellationen	62
B. Erfasste Konstellationen	63
C. Meinungsüberblick	63
I. Ansicht: Kapitalbeteiligung unbeachtlich	63
II. Ansicht: Kapitalbeteiligung beachtlich	63
III. Ansicht: Differenzierung nach Vertragszweck.....	64
D. Stellungnahme	64
I. Differenzierung nach Vertragszweck nicht praktikabel	64
II. Im Übrigen: Auslegung der Norm.....	64
1. Wortlaut	64
2. Sinn und Zweck.....	65
a) Beweggründe des Gesetzgebers.....	65
b) Sinn und Zweck nach Rechtsprechung und Literatur.....	65
E. Ergebnis	72
F. Unbeachtlichkeit bei Umgehung	72
4. Teil: Rechtslage bei der GmbH – § 136 Abs. 2 AktG analog?	75
§ 1 Meinungsüberblick	75
A. Keine analoge Anwendung des § 136 Abs. 2 AktG	75
B. Analoge Anwendung des § 136 Abs. 2 AktG wenigstens im Bereich zwingender Zuständigkeiten.....	75
C. Generelle analoge Anwendung des § 136 Abs. 2 AktG.....	76
D. Nichtigkeit von Stimmbindungen, welche die Kompetenzabgrenzung zwischen Gesellschaftern und Geschäftsführern betreffen.....	76
E. Analoge Anwendung des § 136 Abs. 2 AktG nur bei organisatorischer Annäherung an AG.....	77
§ 2 Stellungnahme	77
A. Planwidrigkeit der Regelungslücke.....	77
B. Vergleichbare Interessenlage	78
I. Sinn und Zweck des § 136 Abs. 2 AktG.....	78
II. Schlussfolgerungen auf die zur Frage der analogen Anwendung im GmbH-Recht vertretenen Ansichten.....	78
1. Keine analoge Anwendung des § 136 Abs. 2 AktG	78

2. Analoge Anwendung des § 136 Abs. 2 AktG wenigstens im Bereich zwingender Zuständigkeiten.....	79
3. Generelle analoge Anwendung des § 136 Abs. 2 AktG	80
4. Nichtigkeit von Stimmbindungen, welche die Kompetenzabgrenzung zwischen Gesellschaftern und Geschäftsführern betreffen	81
5. Analoge Anwendung des § 136 Abs. 2 AktG nur bei organisatorischer Annäherung an AG	82
III. Eigener Ansatz	83
1. Gleiche Schutzbedürftigkeit	83
2. Gefahr der Störung des Kräfteverhältnisses?	84
3. Geltung von Stimmverboten im Rahmen von Stimmbindungsvereinbarungen	84
a) Allgemeine Wirkung von Stimmverboten im Rahmen von Stimmbindungsvereinbarungen	84
b) Wirkung von Stimmverboten bei Kollegialorganen.....	85
4. Rechtslage bei der nicht mitbestimmten GmbH.....	88
a) Entlastung der Geschäftsführer.....	88
b) Geltendmachung von Ersatzansprüchen	89
c) Prüfung und Überwachung.....	89
d) Abberufung aus wichtigem Grund.....	91
e) Ergebnis	92
5. Rechtslage bei der mitbestimmten GmbH.....	93
a) Auswirkungen von Stimmbindungsabreden zugunsten der Geschäftsführung auf ihre eigene Kontrolle.....	93
(1) Entlastung der Geschäftsführung	93
(2) Geltendmachung von Ersatzansprüchen.....	93
(a) Materielle Beschlussfassung	93
(b) Prozessuale Durchsetzung.....	93
(i) Bestellung besonderer Vertreter.....	94
(ii) Auswirkung der Geheimhaltung von Stimmbindungsvereinbarungen	96
(iii) Zwischenergebnis	96
(3) Prüfung und Überwachung der Geschäftsführung.....	96
(4) Abberufung von Geschäftsführern aus wichtigem Grund.....	97
(5) Zwischenergebnis	98
b) Auswirkung von Stimmbindungsabreden zugunsten des Aufsichtsrats auf dessen eigene Kontrolle	98
(1) Entlastung des Aufsichtsrates.....	98
(2) Geltendmachung von Ersatzansprüchen.....	99

(3) Prüfung und Überwachung des Aufsichtsrates	99
(4) Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern aus wichtigem Grund ..	100
(5) Zwischenergebnis	101
c) Auswirkung von Stimmbindungsvereinbarungen zugunsten des einen Verwaltungsorgans auf die Kontrolle des anderen Verwaltungsorgans	101
(1) Entlastung	101
(2) Geltendmachung von Ersatzansprüchen	103
(3) Prüfung und Überwachung	105
(4) Abberufung aus wichtigem Grund	106
(a) Abberufung von Geschäftsführern	106
(b) Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern	107
(5) Zwischenergebnis	107
6. Zusammenfassung und Gesamtabwägung	107
5. Teil: Rechtslage beim Verein – § 136 Abs. 2 AktG analog?	109
§ 1 Planwidrige Regelungslücke	109
§ 2 Vergleichbare Interessenlage	109
A. Sinn und Zweck des § 136 Abs. 2 AktG	109
B. Übertragbarkeit des Regelungszwecks des § 136 Abs. 2 AktG auf den Verein	110
I. Gleiche Schutzbedürftigkeit	110
1. Keine Satzungsstrenge	111
2. Kontrolle des Vorstandes durch die Mitglieder	111
3. Kontrollbedürftigkeit des Vereinsvorstandes	112
II. Gefahr der Störung des Kräfteverhältnisses	114
1. Rechtslage, wenn die Vorstandsmitglieder zugleich auch Vereinsmitglieder sind	114
2. Rechtslage bei Fremdorganschaft	115
a) Weisungsrecht	116
b) Entlastung	116
c) Geltendmachung von Ersatzansprüchen	117
d) Prüfung und Überwachung	118
e) Abberufung aus wichtigem Grund	119
f) Zwischenergebnis	120
§ 3 Ergebnis	120

6. Teil: Stimmbindungsvereinbarungen gegenüber dem Verband und Verbandsorganen bei Fremdorganschaft – eine unzulässige Drittbindung?	121
§ 1 Einführung in die Problemstellung	121
A. Ablehnende Haltung gegenüber Stimmbindungsvereinbarungen zugunsten von Nichtverbandsmitgliedern	121
B. Scheinbare Ausnahme: Stimmbindungsvereinbarungen im Rahmen von Treuhandverhältnissen	122
C. Keine Festlegung in Rechtsprechung und Literatur	123
D. Gang der Prüfung	125
E. Prüfungsmaßstab	125
§ 2 Trennung von Stimmrecht und Treuepflicht?	128
A. Rechtslage bei Stimmbindungsvereinbarungen gegenüber Dritten	128
I. Relevanz nur bei Treuepflichtverstoß	128
II. Relevanz nur bei tatsächlicher Trennung von Stimmrecht und Treuepflicht	128
III. Relevanz nur bei Bindung an die Stimmbindungsvereinbarung	129
1. Anfänglich bestehender Treuepflichtverstoß	130
2. Nachträglich eintretender Treuepflichtverstoß	130
a) Herrschende Meinung: Komplementarität	130
b) Kritik an der herrschenden Meinung	131
c) Stellungnahme	132
(1) Vorrang des Gesellschaftsrechts	132
(2) Prozessökonomie	132
d) Zwischenergebnis	133
IV. Ergebnis	133
B. Rechtslage bei Stimmbindungen gegenüber dem Verband oder Verbandsorganen	134
§ 3 Verstoß gegen die Satzungsautonomie?	134
A. Unterscheidung zwischen Alleinentscheidungsrechten und Zustimmungsvorbehalten	135
B. Ohne Weiteres zulässige Stimmbindungsabreden	135
I. Stimmbindungsvereinbarungen, die weniger als die qualifizierte Stimmenminderheit binden	135
1. Grundsatz: Ohne wenigstens qualifizierte Stimmenminderheit kein Verstoß gegen Satzungsautonomie	136
2. Einfluss durch Zusammenwirken mit anderen Verbandsmitgliedern?	136
3. Einfluss bei weiteren Stimmbindungsvereinbarungen	137

II. Inhaltlich bestimmte Stimmbindungsvereinbarungen.....	138
III. Ergebnis	139
C. Vorfrage: Zulässigkeit statutarischer Einflussgewährung	
in Satzungsfrage	140
I. Meinungsstand	140
1. AG und GmbH	140
2. Verein.....	141
II. Stellungnahme	142
1. Wortlaut der Kompetenznormen.....	142
a) AG und GmbH	142
b) Verein	143
2. Beschränkung durch den Grundsatz der Satzungsautonomie?	144
a) Einflussgewährung an Dritte in Satzungs- und Strukturfragen.....	144
b) Einflussgewährung an Verwaltungsorgane in Satzungs- und	
Strukturfragen	145
(1) Wesen	146
(2) Begriff	146
(3) Typus	148
(4) Institution.....	148
(5) Selbstschutzprinzip und Abschichtungseffekt	149
(6) Verbot der Selbstentmündigung.....	151
(7) Demokratiegebot.....	153
(8) Grundrechte	154
(9) § 317 Abs. 1 BGB.....	154
(10) § 137 BGB.....	155
(11) Haupt-, Gesellschafter- und Mitgliederversammlung als	
„notwendige“ und „oberste“ Organe.....	155
(a) Rechtslage beim Verein	156
(b) Rechtslage bei AG und GmbH.....	157
(c) Zwischenergebnis	162
3. Ergebnis	162
D. Übertragbarkeit der Argumentation auf Stimmbindungs-	
vereinbarungen gegenüber dem Verband oder seinen Organen.....	162
I. Rechtslage bei Zulässigkeit statutarischer Einflussgewährung	
an Verwaltungsorgane in Satzungs- und Strukturfragen	163
II. Rechtslage bei Unzulässigkeit statutarischer Einflussgewährung	
an Verwaltungsorgane in Satzungs- und Strukturfragen	165
1. Keine Übertragbarkeit der Argumentation wegen vollständiger	
Abstimmungsfreiheit bei Satzungsänderungen?	165
a) Argumente gegen die Übertragbarkeit	165

b) Kritik.....	166
c) Stellungnahme.....	166
2. Keine Übertragbarkeit der Argumentation, da die Stimmbindung nur ein „Minus“ zur Verbandsmitgliedschaft ist, die auch Organmitgliedern offen steht?	166
a) Argumente gegen die Übertragbarkeit	166
b) Stellungnahme.....	167
3. Keine Übertragbarkeit der Argumentation mangels Verlagerung verbandsrechtlicher Zuständigkeiten?.....	167
a) Argumente gegen die Übertragbarkeit.....	167
b) Kritik.....	168
c) Stellungnahme.....	168
(1) Zulässigkeit des Vergleiches mit dem Konzern.....	168
(2) Verbreiterung der Vergleichsgrundlage	170
(a) Zöllners Anforderungen	171
(i) Haupt- bzw. Gesellschafterversammlung als zwingender Ort der Stimmbabgabe.....	171
(ii) Stimmbabgabe durch die Verbandsmitglieder.....	172
(b) Weitere Anforderungen.....	173
(i) Freiwillige und selbstbestimmte Entscheidung der Verbandsmitglieder über die Einflussgewährung.....	173
(ii) Schutzmechanismen zum Zwecke der Richtigkeitsgewähr	174
(d) Ergebnis	176
E. Zusammenfassung.....	177
§ 4 Verstoß gegen sonstige zwingende Kompetenzzuweisungen?	178
§ 5 Verstoß gegen das Abspaltungsverbot?	179
A. Rechtslage bei inhaltlich bestimmten Stimmbindungs- vereinbarungen.....	180
B. Rechtslage bei inhaltlich unbestimmten Stimmbindungs- vereinbarungen.....	180
I. Meinungsüberblick zu Stimmbindungsvereinbarungen zugunsten Dritter	180
1. Materieller Ansatz	180
2. Formaler Ansatz	181
3. Vorläufige Einschätzung	181
II. Übertragbarkeit des materiellen Ansatzes auf Stimmbindungsver- einbarungen gegenüber dem Verband oder Verbandsorganen	183
C. Ergebnis.....	184
§ 6 Zusammenfassung.....	184

7. Teil: Abreden über die Absicherung der Organstellung.....	187
§ 1 Inhalt von Abreden über die Absicherung der Organstellung.....	187
A. Stimmbindungsvereinbarung	188
B. Verpflichtung zu faktischen Maßnahmen.....	188
§ 2 Gang der Prüfung	190
§ 3 Bestellungskompetenz der Verbandsmitglieder	190
A. Verpflichtung, das Organmitglied nur aus wichtigem Grund abzuberufen.....	190
I. Anwendungsbereich.....	190
II. Zulässigkeit.....	191
B. Verpflichtung, das Organmitglied wieder zu bestellen.....	193
I. Anwendungsbereich.....	193
II. Zulässigkeit.....	194
1. Unzulässige Drittbindung?	194
2. Verstoß gegen die Wahlfreiheit?.....	194
a) Wahlfreiheit bei der Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern	195
b) Wahlfreiheit bei der Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern	196
c) Zwischenergebnis	196
3. Darf das zu bestellenden Organmitglied Einfluss nehmen?	197
4. Verstoß gegen Amtshöchstfristen?	197
a) Wortlaut	197
b) Systematik.....	198
c) Sinn und Zweck.....	198
(1) Statutarische Amtshöchstfristen.....	198
(2) Sinn und Zweck von § 102 Abs. 1 AktG.....	198
(a) Rechtslage, wenn die Wiederbestellungsabrede zu einer die Amtshöchstfrist unterschreitenden Gesamtamtszeit führt.....	199
(b) Rechtslage, wenn die Wiederbestellungsabrede zu einer die Amtshöchstfrist übersteigenden Gesamtamtszeit führt.....	200
d) Zwischenergebnis.....	202
5. Ergebnis	202
§ 4 Bestellungskompetenz des Aufsichtsrats	202
A. Anwendungsbereich und Vereinbarungsinhalt.....	203
B. Zulässigkeit	203
I. Entschließungsfreiheit der Aufsichtsratsmitglieder	203
1. Unmittelbare Einwirkung auf den Aufsichtsrat.....	204
a) Meinungsüberblick	204
b) Stellungnahme.....	205
(1) Wann liegt die Bestellung eines Organmitgliedes außerhalb des Verbandsinteresses?	206

(2) Wiederbestellung liegt außerhalb des Verbandsinteresses	206
(3) Wiederbestellung liegt im Verbandsinteresse.....	208
c) Ergebnis	210
2. Mittelbare Einwirkung auf den Aufsichtsrat	210
a) Grundsatz: Zulässigkeit der nur mittelbaren Einwirkung auf den Aufsichtsratsmitgliedes	210
b) Grenze der Zulässigkeit: Sittenwidrigkeit.....	211
c) Ergebnis	212
II. Verstoß gegen die Amtshöchstfrist des § 84 Abs. 1 AktG?	212
III. Ergebnis	213
8. Teil: Zusammenfassung in Thesen	215
§ 1 Zur grundsätzlichen Zulässigkeit von Stimmbindungsvereinbarungen .	215
§ 2 Zur Auslegung von § 136 Abs. 2 AktG im Aktienrecht	215
A. Grad der Konkretisierung der Stimmbindung	215
B. Anwendbarkeit des § 136 Abs. 2 AktG, wenn das aus der Stimmbindungsvereinbarung berechtigte Organmitglied zugleich Aktionär ist	216
§ 3 Zur analogen Anwendung des § 136 Abs. 2 AktG	
im Recht der GmbH	216
A. Überblick.....	216
B. Zusammenfassung der Begründung	217
I. Allgemeines	217
II. Stimmbindungen gegenüber dem Vorstand bei der nicht mitbestimmte GmbH und gegenüber dem Aufsichtsrat bei der mitbestimmten GmbH.....	217
III. Stimmbindungen gegenüber der Geschäftsführung bei der mitbestimmten GmbH	217
§ 4 Zur analogen Anwendung von § 136 Abs. 2 AktG im Vereinsrecht	219
§ 5 Zur Frage, ob Stimmbindungsvereinbarungen gegenüber dem Verband oder Verbandsorganen bei Fremdorganschaft eine unzulässige Drittbindung darstellen	219
§ 6 Zu Abreden über die Absicherung der Organstellung	221
Literaturverzeichnis.....	223